Auszuges im Rathhause zu Radeburg, bei den Gendarmen Reyher in Riesa, Zierhold in Gröditz, Erlbeck in Schönfeld, Dörfel in Priestewitz und Weigel in Zabeltitz, sowie in der Canzlei der unterzeichneten Königlichen Amtshauptmannschaft zur Einsicht ausliegt.

Großenhain, am 5. Februar 1889.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Waentig.

F. 170. H.

Bekanntmachung.

Für das zum Nachlasse des Herrn **Richard Oswin Erdmann** in **Oppitzsch** gehörige Gut, Fol. 2 des Grund- und Hypothekenbuchs für Oppitzsch, Nr. 7 des Brandkatasters, Nr. 7, 18, 24, 30, 36 des Flurbuchs für dieses Dorf, 22 ha 17,3 ar Fläche enthaltend, mit 990,55 Steuereinheiten belegt, sammt dazu gehörigen lebenden und todten Wirthschaftsgegenständen sind unter Mitübernahme der auf diesem Gute haftenden Hypothekenschulden 50000 M. als Kaufpreis geboten worden.

Solches wird hierdurch mit der Aufforderung bekannt gemacht, daß diejenigen, welche Behufs Erwerbung dieses Grundstücks sammt Wirthschaftsgegenständen einen höheren Kaufpreis bieten wollen, sich bis spätestens

den 23. Februar 1889, Mittags 12 Uhr

an hiesiger Königlichen Amtsgerichtsstelle zu melden haben.

Riesa, den 7. Februar 1889.

Das Königliche Amtsgericht.
Kommissionsrath Sinz. **

Die Höhere Knabenbürgerschule zu Riesa,

welche nach Maßgabe der Lehrordnung für die sächsischen Realschulen eingerichtet ist und deren Lehrziele nachweislich bis jetzt in allen Stücken erreicht hat, bereitet ihre Schüler sowohl für den Besuch anderer höherer Lehranstalten als auch für den Eintritt in den landwirtschaftlichen, kaufmännischen oder einen gewerblichen Lebensberuf mit Erfolg vor. **Französisch** und **Englisch** sind obligatorische Unterrichtsfächer, **Lateinisch** ist fakultativ.

Hierbei wird wiederum darauf hingewiesen, daß in die 6. Klasse der Anstalt schon Schüler eintreten können, welche **drei** Jahre lang den Unterricht einer guten Volksschule genossen haben, und daß es im Interesse der Schüler wie der Eltern derselben dringend zu raten ist, daß uns die von **auswärts** kommenden Knaben **so zeitig wie möglich** zugeführt werden, etwa Ende des **dritten** oder doch des **vierten** Schuljahres, nicht aber erst im Alter von 12 oder 13 Jahren, wie das bisher vielfach geschehen ist. Solche Knaben von auswärts, welche die für den Eintritt erforderliche geistige Reife noch nicht besitzen, können eine der Unterklassen der höheren Bürgerschule besuchen.

Anmeldungen, welchen für **auswärtige** Schüler der letzte **Impfschein** und ein **Schulzeugnis** beizufügen sind, werden bis **Ende Februar** erbeten.

Riesa, am 8. Januar 1889.

Die Direktion der städtischen Schulen.
Bach.

Für einen Knaben, welcher Ostern 1889 die Schule verläßt, wird ein **Lehrmeister,** oder ein Unterkommen als **Laufbursche** oder dergl. gesucht.

Der Armenausschuß.
Franz Heinrich, Vors.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die marokkanische Gesandtschaft wurde am Mittwoch vom Kaiser im Weißen Saale des Berliner Schlosses mit großem Zeremoniell empfangen.

Der Kaiser wird dem Sultan von Marokko als Gegengeschenk für die Berberhengste Trakehner Rappen senden. Dieselben werden ihren Eindruck nicht verfehlen, denn die Berberhengste sehen ihnen gegenüber wie Zwerge aus.

Prinz Alexander von Battenberg soll, wie verlautet, nach England übersiedeln und dort in den Militärdienst treten.

In einem Schreiben des Reichskanzlers an den Reichstag wird letzterer eingeladen, vier seiner Mitglieder zu dem Preisgericht für die Beurtheilung der Entwürfe zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal abzuordnen. Der Bundesrath wird drei seiner Mitglieder zum Schiedsgericht entsenden.

Dem Reichstage soll eine Vorlage betr. Errichtung einer subventionirten Dampferlinie nach Sansibar zugehen.

Im Reichsschatzamte ist ein Entwurf zu einem neuen Gesetze über die Besteuerung des Zuckers im Sinne der Londoner Convention ausgearbeitet und soll derselbe, ehe er an den Bundesrath gelangt, der Begutachtung von Sachverständigen der Zuckerbranche unterbreitet werden. Die diesbezüglichen Besprechungen haben am Donnerstag ihren Anfang genommen.

Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses nahm mit allen gegen 2 Stimmen (Virchow und Richter) die Kronbotations-Vorlage an.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Namen der bei Apia gefallenen Offiziere und Mannschaften nebst Angabe der Schußverwundungen. Im Ganzen sind 14 Todte, 31 Schwer- und 9 Leichtverwundete angeführt, von den Letzteren sind mehrere wieder hergestellt. Bei Abgang des Berichtes von Apia am 4. Januar war der Zustand sämmtlicher Verwundeter ein befriedigender, zum Theil ein sehr guter. In den meisten Fällen war die Heilung innerhalb vier Wochen bestimmt vorauszusetzen.

Der Ankauf sämmtlicher Telegraphenkabel nach England von seiten des Reichs wird nach einer Hamburger Mittheilung der Berliner Börsenblätter geplant. Die jüngste Anwesenheit des Staatssekretärs v. Stephan in Hamburg wird mit diesem Plan in Verbindung gebracht. Die Aktionäre der Hamburg-Helgoländer Telegraphen-Gesellschaft seien bereits zum 18. Februar zu einer außerordentlichen Generalversammlung behufs Berathung über den Verkaufsantrag einberufen.

Der Gesetzentwurf über die Theilung der Provinz Schleswig-Holstein bewegt die ganze Provinz auf das tiefste, wenn auch in verschiedenen Richtungen. Während in Schleswig die Stimmung der Majorität entschieden gegen die Theilung zu sein scheint und Petitionen und Resolutionen dagegen vorbereitet werden, scheint man sich in Holstein eher mit der Maßregel zu befreunden. Nur ist man auch dort nicht überall mit der Vorlage zufrieden, wenigstens melden die „Schlesw. Nachr.", man wolle in Altona vorstellig werden, daß, wenn eine Theilung der Regierung erfolgt, der Sitz nach Altona zu verlegen sei.

In der Commission des Abgeordnetenhauses zur Berathung der Novelle zum Stempelsteuer-Gesetz wurde eine Resolution angenommen, die Regierung aufzufordern, baldthunlichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, daß bei Berechnung des Immobiliar-Kaufstempels die Hypotheken- und Grundschulden, soweit sie Forderungen eines Dritten (nicht des Veräußerers) darstellen, von dem Kaufpreise in Abzug kommen.

Vom Reichstag. Am Mittwoch wurde im Reichstag die dritte Lesung des Etats fortgesetzt. Beim Reichsamt des Innern wurde von den Abgg. Dr. Virchow und Dr. Hermes der Wunsch auf größere Förderung der künstlichen Fischzucht und der Hochseefischerei geäußert, den Staatssekretär v. Bötticher entgegenkommend beantwortete. Beim Militäretat war lediglich die vom Abg. v. Huene eingebrachte Resolution von Interesse, die Ausgaben für Kasernenbauten aus dem außerordentlichen Etat auf den ordentlichen zu übernehmen. Von freisinniger Seite bekämpfte Abg. Rickert die Resolution, indem er hervorhob, daß man sich nicht ohne Erwägung aller Bedenken in einer finanziell so wichtigen Frage präjudiziren dürfe. Auch Staatssekretär v. Maltzahn-Gültz hatte erhebliche Bedenken gegen diese finanzielle Mehrbelastung des Etats. Trotzdem wurde die Resolution mit den Stimmen des Zentrums, der Konservativen und Nationalliberalen angenommen. — In dritter Berathung am Donnerstag wird die Convention mit der Republik Salvador angenommen. Beim Etat des Reichsheeres wurden 500 000 Mk. zum Kasernenbau in Darmstadt mit großer Mehrheit bewilligt. Die Etats des Reichsheeres, der Marine und der Reichs-Justizverwaltung wurden genehmigt. Zum Etat des Reichsschatzamtes bringen der Abg. Helldorff und Genossen eine Resolution ein: Der Reichstag wolle die verbündeten Regierungen ersuchen, falls England die Initiative zur Wiederherstellung der Silberwährung ergreife, müsse Deutschland bereitwillig gemeinsam mit vorgehen. Abg. Graf Mirbach begründet diesen Antrag damit, Landwirthschaft und Industrie würden durch Rehabilitirung des Silbers eine Gesundung erfahren. Abg. Bamberger spricht gegen die Resolution. Schatzsekretär v. Maltzahn erklärt, keine Frage sei mehr wirthschaftspolitisch, als diese; die Ansicht, ob es richtig sei, in Deutschland die Goldwährung einzuführen, sei eine streitige. Die verbündeten Regierungen hätten sich stets mit Recht abwartend verhalten. Die deutschen Münzverhältnisse bieten absolut keine Veranlassung zu einer Aenderung des Standpunktes der Regierungen. Die Frage kann nur auf internationalem Wege erwogen werden und selbst nur dann, wenn das Vorgehen anderer Regierungen genug Garantien für das Aufgeben der geltenden Währung bietet. Das Vorgehen der englischen Regierung müsse abgewartet werden. Die Erörterung dieser Frage wird auf Verlangen Englands seitens Deutschlands nicht ausbleiben, was aber die Resolution will, darüber kann Redner sich nicht eher erschöpfend äußern, als bis der Reichstag Stellung dazu genommen habe. Abg. von Bennigsen spricht gegen die Resolution, die sogar als Einmischung in interne englische Verhältnisse unangemessen erscheine. Abg. von Kardorff hätte vom Ministertische gern bestimmtere Antwort gewünscht. Er zieht unter den obwaltenden Umständen den von ihm mitgestellten Antrag zurück. Der Etat wird hierauf nach wenig erheblicher Debatte bis einschließlich des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern unverändert genehmigt.

Oesterreich-Ungarn. Ein kaiserliches Handschreiben beauftragt den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe mit der Veröffentlichung folgender kaiserlichen Kundgebung: An Meine Völker! Im Innersten erschüttert, beuge Ich das Haupt demüthig vor den unerforschlichen Rathschlüssen der göttlichen Vorsehung, mit Meinen Völkern den Allmächtigen anflehend, er möge Mir Kraft verleihen, in der gewissenhaften Erfüllung Meiner Regentenpflichten nicht zu erlahmen, sondern nach wie vor muthig und zuversichtlich auszuharren in unablässigen Bemühungen um das allgemeine Wohl und die Erhaltung der Segnungen des Friedens. Es gewährte Mir Trost, Mich in diesen Tagen des herbsten Seelenschmerzes von der allezeit bewährten herzlichen Theilnahme Meiner Völker umgeben zu wissen und von allen Seiten mannigfaltigste, rührendste Kundgebungen zu empfangen. Mit inniger Erkenntlichkeit empfinde Ich es, wie das Band der gegenseitigen Liebe und Treue, welches Mich und Mein Haus mit allen Völkern der Monarchie verbindet, in Stunden so schwerer Heimsuchungen nur an Stärke und Festigkeit gewinnt."

Die Kugel, welche dem Kronprinzen den Tod gebracht hat, ist jetzt unter dem Polster des Kronprinzlichen Bettes in Meyerling gefunden worden. Die Kugel prallte von dem Nachtkästchen ab und fiel zurück; man fand sie, wo sie am wenigsten vermuthet wurde.

Auffallend ist, daß weder der Kardinal Haynald, noch der Kardinal Simor zu dem Leichenbegängniß des Kronprinzen sich nach Wien begaben, sondern sich durch Unwohlsein entschuldigen ließen. Letzterer erließ einen Hirtenbrief, worin vom Kronprinzen nur so viel gesagt wird, daß er das Leben mit dem Tode vertauscht habe; sonst ist nur von dem Schmerze des gebeugten Monarchen die Rede, dem es wohlthun werde, wenn man auch für das Seelenheil seines Sohnes beten werde. Deshalb ordnet er eine Trauermesse mit Gesang an; auch die Bischöfe Schlauch, Hornig und Bubics erließen ähnliche Hirtenbriefe.

Frankreich. Die angekündigte theilweise Ministerkrisis ist nunmehr zum Ausbruch gelangt. Der Präsident der Republik hat die Entlassung des Justizministers Ferouillat und des Unterstaatssekretärs der Kolonie Deloporte angenommen. Der radikale Deputirte Guyot-Dessaigne ist zum Justizminister ernannt worden.

Im letzten Ministerrath unterzeichnete Präsident Carnot drei Erlasse, durch die der Eisenbahndienst im Kriegsfalle geregelt, technische Abtheilungen für ihn eingesetzt und die Zusammensetzung und die Befugnisse der Obermilitärcommission für die Eisenbahnen bestimmt werden.

Boulanger wird erst wieder in der Kammer erscheinen, wenn er sich entscheiden muß, ob er den Pariser Deputirtensitz annehmen will. Er wird natürlich Paris wählen und soll beabsichtigen, den Absagebrief an die Wähler des Nord-Departements zu einer politischen Programmkundgebung zu benutzen.

Spanien. Aus Anlaß des Namenstages des kleinen Königs Alfonso hat die Königin-Regentin eine Amnestie für alle wegen Preßvergehen in Haft oder in Untersuchung befindlichen Personen, ferner für die Gemeinen, welche sich an den revolutionären Bewegungen